

Zur Geschichte und Topographie der „GPU-Keller“

Arrestlokale und Untersuchungsgefängnisse sowjetischer Geheimdienste in Berlin (1945 bis 1949/50)

Peter Erler

Zum historischen Phänomen der sowjetischen Repressionspraxis und der „GPU-Keller“ in Ostdeutschland

Von 1945 bis in die fünfziger Jahre hinein wurden auf dem Territorium der östlichen Besatzungszone und der DDR schätzungsweise über 200.000 Zivilisten deutscher Staatsangehörigkeit von sowjetischen Geheimdienst- und Sicherheitsorganen eingekerkert und interniert. Davon wurden allein 35.000 von sowjetischen Militärtribunalen (SMT) und durch Sonderberatungen (Osoboje Soveschanje – OSO) zu langjährigen Haftstrafen oder zum Tod durch Erschießen verurteilt.

Sie wurden Opfer einer Okkupationspolitik, bei der sich Maßnahmen zur Abrechnung mit dem Nationalsozialismus und zur Gewährleistung der eigenen Sicherheit zunehmend mit auf die Sowjetisierung der ostdeutschen Gesellschaft gerichteten Aktivitäten verschränkten. Bei der Durchsetzung ihrer Ziele griff die Siegermacht auf spezifische stalinistische Repressiv- und Tormethoden zurück, wie sie in der damaligen UdSSR zur alltäglichen Herrschaftspraxis gehörten.

Die verhafteten Personen durchliefen in der Regel mehrere Haftanstalten auf deutschem Boden, aber auch in Polen und der Sowjetunion. Nach ihrer Verhaftung kamen sie zunächst in die Arrestlokale, Untersuchungsgefängnisse und Verhörzentralen der sowjetischen Sicherheitsdienste Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten (NKWD), Verwaltung Spionageabwehr „Smersch“ („Tod den Spionen“) und Ministerium für Staatssicherheit (MGB). Weitere Stationen einer oft jahrelangen Odyssee waren nach der Vernehmungsphase und eventueller Verurteilung für die überwiegende Mehrheit der Gefangenen NKWD/Innenministerium (MWD) - Speziallager in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und im heutigen Polen. Eine große Zahl der Betroffenen, hauptsächlich Frauen und Männer mit einem von den sowjetischen Behörden gefällten Gerichtsurteil, verbrachte außerdem einen Teil ihrer Leidenszeit in Straf- arbeitslagern der Sowjetunion oder ab 1950 in Zuchthäusern der DDR.

Die historische Wissenschaft und interessierte Öffentlichkeit hat sich seit Beginn der neunziger Jahre schwerpunktmäßig mit der zweiten Gewahrsamsphase und hier insbesondere mit den sowjetischen Speziallagern befaßt. Mit den quellenmäßig fundierten Publikationen eines deutsch-russischen Forschungsprojektes¹ und den Darstellungen zu allen Lagern sowie der Herausgabe von „Totenbüchern“ wurde für diesen Themenkomplex ein in der Fachwelt und bei ehemaligen Häftlingen anerkannter Aufarbeitungs- und Erkenntnisstand erreicht, der auch bei der Gestaltung entsprechender Museen und Gedenkorte zum Ausdruck kommt.²

1 Mironenko, Sergej/Niethammer, Lutz/Plato, Alexander von (Hrsg.): Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950. Bd. 1: Studien und Berichte. Bd. 2: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik. Berlin 1998.

2 Vgl. ausführlich: Orte des Erinnerns. Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR. Hrsg. von Annette Kaminski, bearbeitet von Ruth Gleinig im Auftrag der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Bundeszentrale für politische Bildung. Leipzig 2004.

Weniger günstig sieht die Situation hinsichtlich der sowjetischen Untersuchungsanstalten aus. Hier existiert immer noch ein Wissens-, Forschungs- und Publikationsdefizit. In ungenügendem Maße finden die entsprechenden Haftorte auch in der bestehenden Gedenkstättenlandschaft Berücksichtigung.³

Für viele deutsche Zivilisten, die ab 1945 von der östlichen Besatzungsmacht verschleppt wurden, war die Inhaftierung in „GPU-Kellern“, provisorischen Haftkammern, Arrestlokalen und Untersuchungsgefängnissen die erste, äußerst brutale unmittelbare Konfrontation mit den Realitäten des Sowjetkommunismus, seinem Sicherheitsapparat, seinem Justizwesen und dessen Vertretern. Die in der Regel vergleichsweise kurze Verweildauer, die von wenigen Tagen bis zu einigen Monaten reichte, hinterließ bei den Betroffenen oft größere seelische und körperliche Verletzungen sowie tiefere und nachhaltigere Eindrücke und Erinnerungen als der darauffolgende langjährige Lager- und Zuchthausaufenthalt.

Dieser Umstand wurde vor allem durch die grausame Verhörpraxis der sowjetischen Untersuchungsorgane und die extremen Haftbedingungen hervorgerufen. Die plötzliche, unerwartete, emotional stark belastende Herauslösung aus dem gewohnten Lebensumfeld sowie die Trennung von Familie und Freunden taten ihr übriges. . Außerdem mußten sich die Gefangenen in der Ausnahmesituation der Untersuchungshaft mit moralischen und philosophischen Kategorien wie Schuld, Mitverantwortung, Treue, Verrat, Schicksal und dem Sinn des Lebens auseinandersetzen. Dagegen war für den Großteil der Betroffenen das Leben in den Speziallagern stark vom alltäglichen kräftezehrenden Kampf ums Überleben und von trister Eintönigkeit geprägt. Der sowjetische Repressionsapparat trat hier meist nur noch in Person der Wachsoldaten und Lageroffiziere in Erscheinung. Die ersten sowjetischen Untersuchungsgefängnisse westlich der Oder-Neiße-Linie entstanden bereits während der Eroberung durch die Rote Armee Mitte April, Anfang Mai 1945. In den folgenden Wochen und Monaten überzogen die sowjetischen Sicherheitsdienste das eroberte Gebiet mit einem engmaschigen Netz aus Arrestlokalen und Untersuchungseinrichtungen. Die Gefängnisse waren meistens in beschlagnahmten Wohnhäusern, Villen, Gehöften und Kasernen sowie in Amts- und Verwaltungsgebäuden, wie zum Beispiel Gefängnissen oder Polizeirevieren, untergebracht. Die Haftzellen befanden sich vorwiegend in zunächst provisorisch eingerichteten Kellerräumen. Aus diesem Grund und in Anlehnung an den Propagandafilm „G.P.U.“ aus der NS-Zeit⁴ wurden die sowjetischen Arrestlokale und Untersuchungsgefängnisse im Volksmund bald als „GPU-Keller“ bezeichnet.⁵ Glaubt man den Berichten der Zeitzeugen, existierten während der ersten Wochen der Besatzungszeit fast in jeder größeren Häuseransammlung derartige Gewahrsamsräume.⁶

3 In Ostberlin wurden bereits fünf ehemalige sowjetische Gefängnisse mit Gedenktafeln bedacht; vgl. ebd., S. 68 ff. Für das Haus 3 in der Prenzlauer Alle 63 erfolgte im September 2004 die Auslobung eines Kunstwettbewerbes zur Gestaltung eines Denkzeichens. Seine Installation soll im Herbst 2005 erfolgen.

4 Staatliche Politische Verwaltung (GPU) war die Bezeichnung für den sowjetischen Geheimdienst zu Beginn der dreißiger Jahre. Der antisowjetische UFA-Film G.P.U wurde unter Regie von Karl Ritter im Jahre 1937 gedreht.

5 Vgl. hierzu auch die Angaben der Zeitzeugin Lottchen Fischer in: Erler, Peter/Friedrich, Thomas: Das sowjetische Speziallager Nr. 3 Berlin-Hohenschönhausen (Mai 1945 bis Oktober 1946). Hrsg. vom Verein „Biographische Forschungen und Sozialgeschichte e. V.“ in Zusammenarbeit mit dem Heimatmuseum Berlin-Hohenschönhausen. Berlin 1995, S. 83.

6 Vgl. auch Lipinsky, Jan: Gefängnisse und Lager in der SBZ/DDR als Stätten des Terrors im kommunistischen Herrschaftssystem. In: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Fol-

Sowjetische Geheimdienstapparate in der SBZ und Berlin

Die meisten „GPU-Keller“ gehörten zunächst zum Verantwortungsbereich der NKWD-Bevollmächtigten der 1. und 2. Belorussischen sowie der 1. Ukrainischen Front. Diese hochrangigen Geheimdienstmitarbeiter leiteten und koordinierten die „Säuberung“ des Hinterlandes dieser Heeresverbände von „feindlichen Elementen“. Als normative Grundlage ihres Vorgehens galt der vom Volkskommissar für Inneres, Lawrenti Berija, erlassene berüchtigte Befehl Nr. 00315.⁷ Die entsprechenden Verhaftungen wurden durch sogenannte operative Gruppen (Opergruppen) vorgenommen.

Für die Vorbereitung und Durchführung der Verhaftungsmaßnahmen in Berlin ließ der NKWD-Bevollmächtigte der 1. Belorussischen Front, Generaloberst Iwan A. Serow, eine Zentrale Gruppe unter Leitung seines Vertrauten, dem „Smersch“-Generalmajor Aleksej Sidnew bilden. Eine koordinierende Funktion übte wahrscheinlich auch eine beim Stab der NKWD-Truppen organisierte Opergruppe aus, die das Hinterland dieser Front schützen sollte. Sie nahm am 3. Mai im Zentrum der Stadt ihre Tätigkeit auf. Geleitet wurde sie vom Chef der Aufklärungsabteilung im Stab der NKWD-Truppen, Oberst Antonjuk. Ihr gehörten außer sowjetischen Geheimdienstoffizieren auch zwölf deutsche Agenten an.⁸

Nach der Kapitulation des NS-Regimes und der Bildung der Sowjetischen Militäradministration (SMA) aus Heeresverbänden der 1. Belorussischen Front wurden alle Opergruppen des Volkskommissariats für Inneres in der östlichen Besatzungszone und deren Gefängnisse dem nunmehrigen NKWD-Bevollmächtigten für Deutschland, Serow, unterstellt.⁹ Der erfahrene Tschekist, der gleichzeitig stellvertretender Chef der SMA für Zivilangelegenheiten und Stellvertreter Berijas war, organisierte die Tätigkeit der von ihm kommandierten zunächst etwa 800 Geheimdienstmitarbeiter nach dem Territorialprinzip. In den ostdeutschen Ländern/Provinzen und Berlin entstanden ab Juni 1945 sechs Operative Sektoren, auch „Opersektoren“ genannt. Diese wiederum waren in Bezirke, Kreise und Städte untergliedert. Auf allen diesen Ebenen agierten unterschiedlich große Opergruppen, die verdeckt oder offen in den Apparat der Sowjetischen Militäradministration integriert waren. Die örtlichen Opergruppen bestanden aus vier bis acht Offizieren, mehreren Dolmetschern und etwa zehn NKWD-Soldaten.¹⁰ Ab Dezember 1945 hießen sie offiziell „operative Gruppen der SMA“.¹¹

gen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hrsg. vom Deutschen Bundestag. Bd. VI, Baden-Baden 1999, S. 496.

7 Befehl Nr. 00315 vom 11. Januar 1945. In: Mironenko/Niethammer/Plato (Hrsg.): Speziallager, Bd. 2, S. 178 f.

8 Semirjaga, Michail: Wie Berijas Leute in Ostdeutschland die „Demokratie“ errichten. In: Deutschland Archiv 5/1996, S. 746.

9 Vgl. Befehl des Volkskommissars für Inneres Nr. 00780 vom 4. Juli 1945. In: Mironenko/Niethammer/Plato (Hrsg.): Speziallager, Bd. 2, S. 201 f.

10 Naimark, Norman M.: Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949. Berlin 1997, S. 477.

11 Petrov, Nikita: Zur Geschichte der sowjetischen Repressionsorgane (NKVD/MVD-MGB) in der SBZ 1945/46. In: Diktaturdurchsetzung. Instrumente und Methoden der kommunistischen Machtssicherung in der SBZ/DDR 1945–1955. Hrsg. von Andreas Hilger, Mike Schmeitzner und Ute Schmidt. Dresden 2001 (Berichte und Studien 35), S. 34.

Generaloberst Serow und sein Leitungsstab residierten in Potsdam in der Villa Ingenheim.¹²

Bis Anfang Januar 1946 wuchs der expandierende ostdeutsche NKWD-Apparat auf 2.230 Mitarbeiter an. Die Mitarbeiter waren nach Angaben vom Mai des gleichen Jahres unter anderem in sechs Sektor-, 18 Bezirks- und 170 Kreisopergruppen tätig. Außerdem existierten Opergruppen mit Sonderaufgaben. Dazu gehörte die Opergruppen für Bandenbekämpfung, die spezielle Opergruppe bei der Sächsischen Bergbauverwaltung und die Gruppen in den sowjetischen Speziallagern.¹³ Für die Unterbringung der verhafteten Personen standen zu diesem Zeitpunkt 15 Innere Gefängnisse, auch als Operativgefängnisse bezeichnet, und 131 kleinere Untersuchungsgefängnisse zur Verfügung.¹⁴ Nach Mai 1946 wurde die Anzahl der SMA-Bezirksverwaltungen und in diesem Zusammenhang auch die der NKWD-Bezirksopergruppen auf 12 reduziert.¹⁵

Eine vergleichsweise geringe Anzahl von Gefängnissen und Verhörzentren in der SBZ gehörte zur Struktur der militärischen Spionageabwehr „Smersch“. Dieser selbständige Armeegeheimdienst unterstand als Hauptverwaltung unmittelbar dem Volkskommissariat für Verteidigung. In Ostdeutschland waren die „Smersch“-Verwaltungen bzw. -Abteilungen wie auch die dazugehörigen Opergruppen auf der Ebene der Armeen und Divisionen organisiert. Der Leiter der Verwaltung Spionageabwehr „Smersch“ bei der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland (GSBD), die in den Jahren 1945/46 aus zehn Armeen bestand, hatte seinen Sitz ebenfalls in Potsdam.¹⁶

Besonders in den ersten Monaten ihrer Aktivitäten in Deutschland herrschte zwischen den NKWD-Gruppen und den „Smersch“-Einheiten eine ständige Rivalität. Obwohl die militärische Spionageabwehr eigentlich einen anderen Aufgabenbereich hatte, konkurrierte sie mit den NKWD-Organen, so zum Beispiel bei der massenhaften Verhaftung deutscher Zivilisten. Die institutionellen Spannungen zwischen beiden Diensten wurden zusätzlich noch durch das interne Machtgerangel zwischen Serow und dem „Smersch“-Chef Wiktor Abakumow angeheizt, die gegeneinander eine starke Antipathie hegten.¹⁷ Im Gegensatz zu den Bestrebungen Serows, einen zentralen, von ihm geleiteten Geheimdienstapparat für die SBZ aufzubauen, weigerte sich Abakumow, die Führung und Aufsicht der dort agierenden „Smersch“-Opergruppen und deren Untersuchungsgefängnisse an den NKWD-Bevollmächtigten abzutreten.

12 Ruppert, Heinz: Von der Ratsziegelei zur Villa Ingenheim. Ihre Bewohner und Nutzer im Verlauf der Geschichte. Potsdam 1990, S. 104 ff.; Klimow, Gregory: Berliner Kreml. Köln/Berlin o. J. [1951], S. 266 ff.

13 Sacharow, Vladimir/Filippovych, Dimitrij/Kubina, Michael: Tschechisten in Deutschland. Organisation, Aufgaben und Aspekte der Tätigkeit der sowjetischen Sicherheitsapparate in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (1945–1949). In: Wilke, Manfred (Hrsg.): Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht. Berlin 1998 (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin), S. 305 und 313.

14 Ebd., S. 305.

15 Foitzik, Jan: Organisationseinheit und Kompetenzstruktur des Sicherheitsapparates der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD). In: Mironenko/Niethammer/Plato (Hrsg.): Speziallager, Bd. 1, S. 118.

16 Die „Smersch“-Zentrale befand sich 1945/46 in der Villa des Verlags Rütten & Loening (Viktoriastraße 54, heute Geschwister-Scholl-Straße), vgl. z. B. Gedächtnisprotokoll Heinz Sch. In: Wernicke, Thomas: Staats-Sicherheit – Ein Haus in Potsdam. Potsdam 1991, S. 23 ff.

17 Vgl. ausführlich Petrov, Nikita: General Ivan Serov – der erste Vorsitzende des KGB. In: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 2/1998, S. 176 ff. Zur Persönlichkeit Abakumows vgl. u. a. Andrew, Christopher/Gordiewsky, Oleg: KGB. Die Geschichte seiner Auslandsoperationen von Lenin bis Gorbatschow. 2. Auflage, München 1990, S. 437 ff.

Offensichtlich war auch Stalin nicht an der Konzentration aller sicherheitspolizeilichen und geheimdienstlichen Befugnisse in Deutschland beim NKWD interessiert. Er favorisierte schließlich das Modell zweier miteinander konkurrierender und sich gegenseitig kontrollierender Strukturen.

Der vom ehemaligen „Smersch“-Kader Sidnew¹⁸ geleitete NKWD-Opersektor Berlin war analog zu den Stadt- bzw. Verwaltungsbezirken zunächst in zwanzig operative Abschnitte mit der gleichen Anzahl von Opergruppen unterteilt.¹⁹ Vor dem Einmarsch britischer, französischer und US-amerikanischer Besatzungstruppen im Westteil der Stadt Anfang Juli 1945 evakuierte das NKWD die Gefangenen aus den „GPU-Kellern“, löste seine offiziellen Stützpunkte auf und zog sein Personal in den Ostsektor zurück.²⁰ Dort verblieben Sidnew acht operative Abschnitte mit acht Opergruppen (Stand November 1946).²¹ Ihre Nummerierung entsprach jeweils der des Verwaltungsbezirkes, in dem ihr Hauptwirkungsbereich lag. So agierten zum Beispiel die 4. Gruppe im Stadtbezirk Prenzlauer Berg, die 5. in Friedrichshain und die 16. in Köpenick.²²

Als Leitung des Berliner Opersektors fungierte eine aus mehreren Abteilungen bestehende zentrale Opergruppe. Ihr Sitz befand sich wahrscheinlich in einem Sperrgebiet in der Schloßstrasse (heute: Am Tiergarten)/Ecke Wilhelmstraße (heute: Alfred-Kowalke-Straße) in Lichtenberg.²³

Obwohl die „Smersch“-Opergruppen der 1. Belorussischen und der 1. Ukrainischen Front in den Maitagen 1945 in Berlin Massenverhaftungen vorgenommen haben, gibt es über ihre Stützpunkte und Arrestzellen in der Stadt – bis auf eine Ausnahme – gegenwärtig keine Hinweise. Bereits nach der Kapitulation am 2. Mai 1945 wurden die meisten Kampfverbände der Roten Armee wieder aus Berlin abgezogen. Dort verblieben lediglich Teile der von Generaloberst Nikolaj Bersarin kommandierten 5. Stoßarmee. Diese übernahmen ab 10. Mai 1945 die Aufgaben der Garnison und Besatzungsmacht in der ehemaligen Reichsmetropole. „Smersch“-Opergruppen der im Berliner Umland stationierten sowjetischen Einheiten verhafteten und verschleppten jedoch auch in der Folgezeit Zivilisten und andere Personen aus der Stadt. In den ersten Wochen nach Kriegsende hatten sie es insbesondere auch auf Jugendliche abgesehen, denen „Werwolf“-Aktivitäten unterstellt wurden.²⁴

18 Noch am 23. Juni 1945 fungierte Sidnew als stellvertretender Chef der Verwaltung Spionageabwehr „Smersch“ bei der GSBD. Vgl. Foitzik, Jan: Der sowjetische Terrorapparat in Deutschland. Wirkung und Wirklichkeit. Berlin 1998 (Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Bd. 7), S. 12.

19 Petrov: Geschichte, S. 34.

20 Über die illegalen NKWD-Residenturen in Westberlin vgl. z. B. Kubina, Michael: Unbekannte „Aktivisten der ersten Stunde“. Dokumente zur Frühgeschichte der politischen Polizei in Berlin 1945/46. In: ZdF 8/2000, S. 126–133.

21 Foitzik: Organisationseinheit, S. 130; Sacharow/Filippovych/Kubina: Tschekisten, S. 305.

22 Vgl. z. B.: Staatliches Archiv der Russischen Föderation (GARF) 9409/1/392, Bl. 191 und 359, Bl. 216.

23 Klimow: Kreml, S. 207.

24 Wollin, Hans-Jörg: Totgesagt und doch heimgekehrt. Ein authentischer Bericht. Berlin 2000, S. 7 ff. Vgl. auch Kilian, Achim: Die Häftlinge in den sowjetischen Speziallagern der Jahre 1945–1950. Zusammenfassung des derzeitigen Kenntnisstandes hinsichtlich Zahl, Verbleib und Zusammensetzung nach Internierungsgründen. In: Materialien der Enquete-Kommission: Bd. VI, S. 440.

Im Frühjahr 1946 erfolgte eine Umstrukturierung der sowjetischen Geheimdienste: Die Hauptverwaltung Spionageabwehr wurde vom Verteidigungsministerium²⁵ abgetrennt und unter Verzicht auf die Abkürzung „Smersch“ als 3. Hauptverwaltung in die Struktur des Ministeriums für Staatssicherheit (MGB) eingeordnet. Gleichzeitig ernannte das KPdSU-Politbüro den bisherigen „Smersch“-Chef Wiktor Abakumow zum Staatssicherheitsminister. Diesem gelang es, Stalin davon zu überzeugen, daß die „operativ-tschechistische Arbeit“ und die Untersuchungstätigkeit in der SBZ nicht in die Zuständigkeit des Innenministeriums (MWD) falle und deshalb dem MGB unterstellt werden müsse.²⁶

Daraufhin ernannte Abakumow seinen Stellvertreter Nikolaj Kowaltschuk, auch ein ehemaliger „Smersch“-General,²⁷ im August 1946 zum Bevollmächtigten des MGB in Deutschland. Im Verlauf der Monate September und Oktober übernahm Kowaltschuk die Leitung der bis dahin dem NKWD/MWD-Bevollmächtigte Serow unterstehenden Opersektoren in der SBZ mit dem entsprechenden Personal und den dazugehörigen Immobilien inklusive der Untersuchungsgefängnisse und anderen Haftunterkünfte. Die ursprünglichen MWD-Opersektoren wurden nun als „operative MGB-Sektoren“ bezeichnet und die Opergruppen 1947 auf allen Ebenen in Abteilungen umbenannt. Gleichzeitig löste Kowaltschuk die nunmehrigen MGB-Strukturen aus der organisatorischen Einbindung im SMAD-Apparat. Im Frühjahr 1947 verlegte er den Sitz des sowjetischen Geheimdienstbeauftragten in Deutschland und seines Leitungsapparates aus Potsdam in das Sperrgebiet Berlin-Karlshorst.²⁸

Die radikale Einschränkung der Aufgabenbereiche und Kompetenzen des MWD in Ostdeutschland und der gleichzeitige Aufstieg von „Smersch“-Kadern in Spitzenfunktionen des MGB hatte auch den Austausch einiger der 1945 eingesetzten Opersektoren-Leiter zur Folge. So wurde Generalmajor Sidnew im Dezember 1947 aus Berlin abberufen und in die Tatarische Sowjetrepublik versetzt.²⁹ Als Leiter des Berliner MGB-Opersektors fungierte in der Folgezeit Generalmajor Aleksej Wul.

Untersuchungshafteinrichtungen der sowjetischen Geheimdienste in Berlin

Im Mai 1945 entstand in allen Ortsteilen und Stadtbezirken der eroberten Reichshauptstadt eine wahrscheinlich nicht mehr ermittelbare Anzahl von „GPU-Kellern“ und zunächst provisorisch eingerichteten Untersuchungsgefängnissen der NKWD- und „Smersch“-Organe. Oft waren die Gefangenen in ungeräumten Kohlekellern, Wirtschaftsgebäuden und Lagerräumen eingesperrt. Als Haftort dienten den Opergruppen auch die Arrestzellen in den seit Ende April entstandenen sowjetischen Militärkom-

25 Am 15. März erfolgte die Umbenennung aller Volkskommissariate in Ministerien.

26 So die Interpretation von Nikita Petrov (Apparate, S. 147). Vgl. auch Petrov: General, S. 20.

27 Über seine Tätigkeit in der Endphase des Krieges vgl. Sinewirskij, N.: Smersch (Tod den Spionen). Ein Jahr im Lager des Feindes. Frankfurt am Main o. J.

28 Nach Angaben von Jan Foitzik erfolgte der Umzug in die Waldowstraße 53–54; vgl. Foitzik: Organisationseinheit, S. 163. Eine Waldowstraße gibt es jedoch in Berlin-Karlshorst nicht. Laut George Bailey befand sich die Zentrale des Geheimdienstes später im ehemaligen St.-Antonius-Krankenhaus; vgl. Bailey, George/Kondraschow, Sergej A./Murphy, David E.: Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin. Berlin 1997, Bildanhang.

29 Am 28. Januar 1948 wurde er wegen Unterschlagungen inhaftiert und im Oktober 1951 zur Zwangsbehandlung in eine psychiatrische Klinik eingewiesen.

mandanturen. Wie in der Luisenstraße 56 in Mitte, Sitz der Zentralkommandantur, befanden sich NKWD-Stützpunkt mit Hafträumen und SMA-Verwaltung mitunter in einem Gebäude. Die für Haftzwecke vorgesehenen Häuser mußten die Bewohner oder andere Nutzer meist unter Zurücklassung der Einrichtungsgegenstände innerhalb weniger Stunden verlassen.

Für eine kurzzeitige Festsetzung verhafteter Personen wurden zusätzlich Räumlichkeiten der örtlichen Polizeireviere genutzt – so zum Beispiel der Luftschutzkeller des Polizeireviers 245 in der Griechischen Allee 27 in Oberschöneweide.³⁰ Nachdem neu formierte und „gesäuberte“ deutsche Polizeikräfte ihre Arbeit wieder aufgenommen hatten, wurden sie auf Weisung der Besatzungsmacht auch für die „Aufspürung der faschistischen Funktionäre aller Art“ eingesetzt. Die zu verhaftenden Personenkategorien waren unter anderem in geheimen Rundschreiben der Polizeiinspektionen aufgelistet, die auf dem Berija-Befehl Nr. 00316 beruhten.³¹ „Das Heranholen und Vorführen der NSDAP-Leute für die NKWD nahm“, wie beispielsweise die Polizeiinspektion Köpenick an ihre vorgesetzte Dienststelle meldete, „den größten Teil der Einsatzstärke in Anspruch“. Was das Ausmaß der Verhaftungsaktion anging, hieß es im gleichen Bericht für den Monat Juli 1945: „Von den vielen Hunderten vorgeführten Nazis wurden in unserem Bezirk seit Beginn unserer Tätigkeit nach dem Zusammenbruch 754 (ohne Schmöckwitz) in Haft genommen und abtransportiert.“³² In einigen Fällen nahmen NKWD-Offiziere bereits in den Polizeireviere die ersten Verhöre vor.³³ Im Berliner Polizeipräsidium in der Lienenstraße 83–85 unterhielt der sowjetische Geheimdienst von Anfang an Dienstzimmer und einige Hafträume im Keller. Ähnlich stellte sich die Situation in der Kleinen Alexanderstraße 21–24 dar. Im Komplex der ehemaligen Kaserne des Kaiser-Alexander-Gardegrenadier-Regiments betrieb der NKWD sein Gefängnis in unmittelbarer Nachbarschaft zur Polizeiinspektion Mitte.

Mit dem Abzug der sowjetischen Besatzungsmacht aus dem Westteil der Stadt verringerte sich die Anzahl der „GPU-Keller“, Untersuchungshaftzellen, Arrestkammern und Untersuchungsgefängnisse drastisch. Bisher konnten jedoch nur 14 derartige Einrichtungen und NKWD-Stützpunkte in den zwölf geräumten Stadtbezirken ermittelt werden.³⁴ Bevor die westlichen Alliierten ab dem 4. Juli 1945 ihre jeweiligen Sektoren übernahmen, brachten die NKWD-Opergruppen ihre Gefangenen von dort in Haftanstalten nach Ost-Berlin oder in die Provinz Brandenburg. Die Präsenz der zu diesem

30 Berner, Kurt: Spezialisten hinter Stacheldraht. Ein ostdeutscher Physiker enthüllt die Wahrheit, Berlin 1990, S. 73 ff; Flatau, Sabine: „Sicher und unauffällig“ ließ der NKWD Menschen verschwinden. Heimatmuseum forscht nach Tatorten und Opfern des sowjetischen Geheimdienstes. In: Berliner Morgenpost v. 14.3.1999.

31 Mit Schreiben vom 27. Juni 1945 wurden die Reviervorsteher der Berliner Polizeireviere angewiesen, folgende Personen zu registrieren: Führer von NSDAP und Untergliederungen, Angehörige der SS, der SA, Funktionäre der SS-Massenorganisationen, Wachpersonal von KZs und anderen Lagern, höheres Justizpersonal, Redakteure von NS-Zeitungen, Wehrmachtsoffiziere vom Leutnant aufwärts, Kollaborateure aus den ehemals von Deutschland besetzten osteuropäischen Ländern, inklusive der „Wlassow-Armee“. Alle Personen, gegen die belastendes Material vorlag, sollten sofort festgenommen werden.

32 Monatsbericht der Polizei-Inspektion Köpenick an das Kommando der Schutzpolizei vom 1. August 1945, Landesarchiv Berlin, Rep. 146/1, Nr. 49.

33 Berner: Spezialisten, S. 76 f.

34 Eine Vernehmungssituation im Zehlendorfer NKWD-Stützpunkt schildert zum Beispiel der spätere Oberbürgermeister von Groß-Berlin Ferdinand Friedensburg in seinen Erinnerungen; vgl. Friedensburg, Ferdinand: Es ging um Deutschlands Einheit. Rückschau eines Berliners auf die Jahre nach 1945. Berlin o. J., S. 28 ff.

Zeitpunkt bereits als potentielle Gegner betrachteten ehemaligen Kriegsverbündeten hielt sie jedoch nicht davon ab, auch weiterhin Verhaftungen in West-Berlin durchzuführen oder Entführungen zu organisieren. Die betroffenen Personen wurden oft in NKWD-Gefängnissen im Berliner Umland (zum Beispiel in Bernau, Falkensee, Glienicke, Groß Glienicke, Mahlow, Potsdam, Seehof) verhört.³⁵

Ähnlich wie die Opersektoren, insbesondere in Mecklenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen, war im Sommer 1945 auch das für die U-Haft zuständige NKWD-Gefängniswesen erst im Aufbau begriffen. Am 12. August 1945 bestätigte Serow eine „Vorläufige Anordnung über die Inneren Gefängnisse der Opersektoren und Opergruppen des NKWD auf dem Territorium Deutschlands“. Sie regelte in knapper Form den Aufbau, die Aufgaben und das Regime der bereits vorhandenen Arrestorte und der noch einzurichtenden Haftstätten – im internen Sprachgebrauch „Innere Gefängnisse“ und „Innere Gefängnisräume“.

Wo es nicht möglich war, deutsche Gefängnisse zu nutzen, sollten die Kelleretagen der Opergruppenstützpunkte oder andere geeignete Räumlichkeiten in Beschlag genommen und für die Unterbringung der Verhafteten hergerichtet werden. Ausdrücklich wurde die Vergitterung der Zellen und deren Ausstattung mit verschließbaren Türen vorgeschrieben.³⁶

Nach der Dienstanweisung von Serow baute der NKWD-Opersektor in Ost-Berlin einen Teil der bereits vorhandenen Hafteinrichtungen systematisch aus und nahm weitere Immobilien, wie zum Beispiel in der Schloßstraße 4 (heute: Am Tiergarten 29) in Lichtenberg, in Beschlag. Für die Tätigkeiten bei der Einrichtung der Gefängnisse wurde zumeist deutsche Handwerksbetriebe eingesetzt. Sie mußten unter anderem die Kellerfenster bis auf kleine Luftlöcher zumauern, Zellenwände hochziehen sowie Schlosser-, Maler- und Elektroinstallationsarbeiten ausführen. Zu einem späteren Zeitpunkt wurden auch Entlausungsanlagen errichtet. Schließlich gab es in jedem der acht Stadtbezirke mindestens eine NKWD-Verhörzentrale mit Kellergewahrsam. Einige dieser Untersuchungsgefängnisse lagen in kleinen, mit hohen Bretterwänden und Stacheldrahtverhauen von der Außenwelt abgetrennten Sperrgebieten. Dort befanden sich neben den Wohnungen bzw. Unterkünften der Opergruppenoffiziere, Dolmetscher und der NKWD-Wachtruppen mitunter auch Hundezwinger sowie kleine Stallanlagen mit Kühen, Schweinen und Geflügel, die der Selbstversorgung der Geheimdienstler dienten.

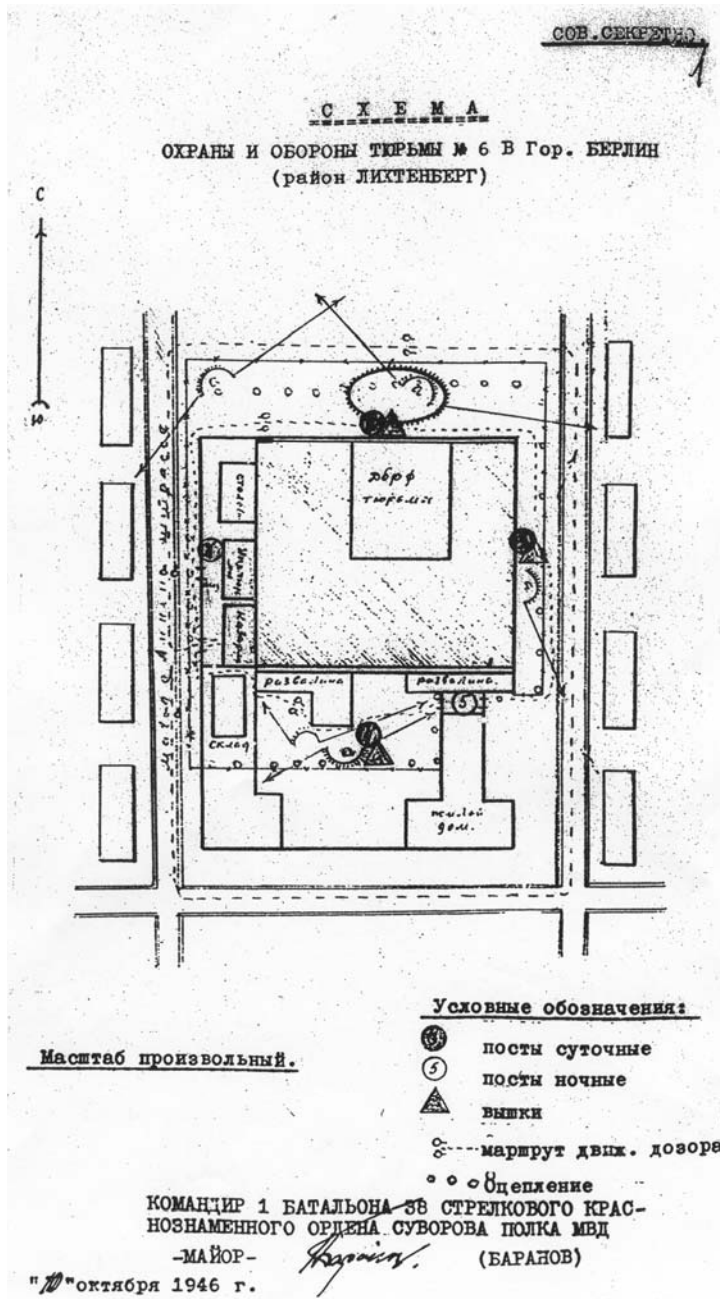
Nach Angaben vom September 1945 gab es in Berlin zwei sogenannte Innere Gefängnisse von zentraler Bedeutung:³⁷ Bei dem einen handelte es sich um das Gefängnis Nr. 6 in der Magdalenenstraße in Lichtenberg. Verwaltungsmäßig unterstand es formal der Abteilung Speziallager des NKWD/MWD, die im Stadtteil Hohenschönhausen in der Genslerstraße 69–72 ihren Standort hatte. Das Regime dieser Hafteinrichtung be-

35 Nach sowjetischen Angaben vom 9. August 1946 waren allein im Speziallager Nr. 3 in Berlin-Hohenschönhausen 300 entführte Personen aus West-Berlin interniert; vgl. Erler/Friedrich: Speziallager, S. 26.

36 GARF 9409/1/129, Bl. 68–71. Für Bereitstellung dieses Dokuments bedankt sich der Autor bei Dr. Ines Reich von der Gedenkstätte Sachsenhausen. Vgl. auch Hammermann, Gabriele: Verhaftungen und Haftanstalten der sowjetischen Geheimdienstorgane am Beispiel Thüringens. In: Mironenko/Niethammer/Plato (Hrsg.): Speziallager, Bd. 1, S. 167. Hammermann meint, daß die Untersuchungsgefängnisse mit dieser Anordnung erst den Opersektoren und -gruppen unterstellt wurden. Diese Angabe geht jedoch aus dem zitierten Dokument nicht hervor.

37 Petrov: Geschichte, S. 37.

stimmte jedoch die Untersuchungsabteilung des Berliner Opersektors. Mit dem zweiten „Inneren Gefängnis“ war vermutlich das Haus 3 in der Prenzlauer Allee 63 gemeint. Wie im Gefängnis Nr. 6 befand sich auch dort der Tagungsort eines Militärtribunals. Im Januar 1946 veranlaßte der NKWD-Bevollmächtigte Serow einen weiteren



Sicherungs- und Verteidigungsplan des Gefängnisses Nr. 6 in Berlin Lichtenberg. Quelle: Russisches staatliches Militärarchiv (RGWA) 32933/1/68, BL. 141.

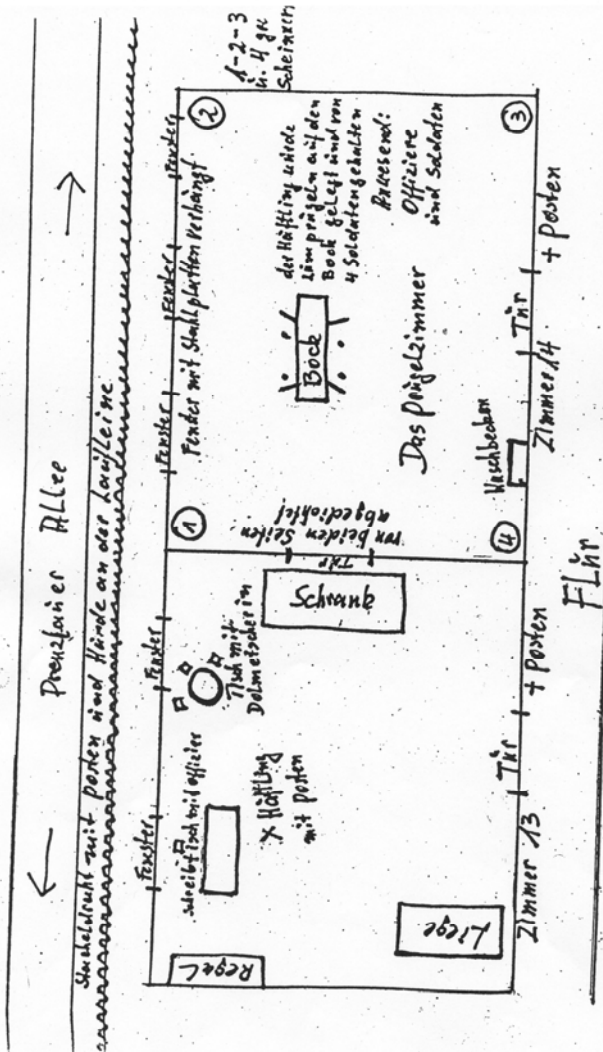
Zuständigkeitswechsel im Gefängniswesen. Bis zu ihrer Übergabe an das MGB im Herbst des Jahres wurden nun sämtliche Hafteinrichtungen der Opersektoren auch in Berlin verwaltungstechnisch der Abteilung Speziallager unterstellt.³⁸

Der Spionageabwehr „Smersch“ konnte in Berlin bisher nur das Untersuchungsgefängnis in der Lindenstraße 49 im Stadtbezirk Köpenick zugeordnet werden. In diesem idyllischen Haus mit Seeblick tagte gleichfalls ein SMT. Die dort verurteilten Häftlinge wurden 1945 vor ihrem Abtransport in den Gulag in einen „GPU-Keller“ im ehemaligen Olympischen Dorf in Dallgow-Döberitz, dem damaligen Stationierungsstandort der 5. Stoßarmee, „zwischengelagert“.

Die erwähnte „Vorläufige Anordnung“ vom 12. August 1945 reglementierte auch den Umgang mit den Untersuchungsgefangenen. So hatte der Anstaltsleiter oder sein jeweils diensthabender Gehilfe die Aufnahme der Festgenommenen persönlich vorzunehmen. Nach einer Durchsichtung sollten den Gefangenen alle persönlichen Gegenstände abgenommen werden. Für 15 bis 20 Haftkammern, in denen ständig das Licht zu brennen hatte, war ein aufsichtshabender Posten

38 Jeske, Natalja/Morre, Jörg: Die Inhaftierung von Tribunalverurteilten in der SBZ. In: Hilger, Andreas/Schmeitzner, Mike/Schmidt, Ute (Hrsg.): Sowjetische Militärtribunale. Band 2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955. Köln/Weimar/Berlin 2003 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 17/2), S. 614 f.

und ein weiterer Wächter für die Begleitung der Gefangenen zu Verhören und zum Freigang vorgesehen. Was die medi-zinische Betreuung angeht, werden Militärärzte und „örtliche Ärzte aus den Reihen der Antifaschisten“ erwähnt. Die Vorschriften für die Häftlinge untersagten unter anderem die Kontaktaufnahme mit Personen außerhalb der Zelle, die Störung der Zellenruhe – also lautes Reden, Schreien und Singen – und den Zeitvertreib mit Karten- und anderen Glücksspielen.³⁹ Das von den Zeitzeugen immer wieder er-wähnte Liege- und Schlafver-bot auf den Pritschen außerhalb der sieben- bis achtstün-digen Nachtruhe wurde offen-sichtlich erst zu einem späteren



Skizze von Verhörräumen im Haus 3 der Prenzlauer Allee 63 (Oktober 1945/März 1946).

Quelle: Akte Hans Jürgen Metzinger, Archiv des Autors.

Zeitpunkt eingeführt. Nachweislich nahm das NKWD-Personal die eigenen Dienstvorschriften jedoch nicht sonderlich genau und mißachtete sie häufig zum Nachteil der Gefangenen.

Stellvertretend für die unzähligen Betroffenen soll hier als Chronist der damaligen Haftzustände der Berliner Rechtsanwalt Werner Pünder zitiert werden. Er war allein in fünf der „für die Nachfolger der bolschewistischen Tschecha so charakteristischen fensterlosen, stinkenden und feuchten, trotz des sehr kalten Winters 1946/47 meist ungeheizten Berliner Kellergefängnisse“ eingekerkert. Nach seinen Aufzeichnungen entfiel auf jeden Untersuchungsgefangenen „mitunter nur 1 qm Bodenfläche. Oft konnten wir uns wochenlang nicht einmal die Hände waschen. Es kam vor, daß 8 Wochen vergingen, ohne daß wir aus diesen Kellerlöchern auch nur für eine Minute an die Luft kamen. Es wimmelte von Wanzen, Läusen und Flöhen

sowie Ratten und Mäusen. Für die Nacht hatten wir hölzerne Pritschen, die aus rohen Brettern notdürftig zusammengenhauen waren, ohne Strohsäcke oder gar Matratzen, ohne Kopfkissen, mit nur einer Decke. Die Verpflegung bestand aus einer Tagesration von 250 bis 300 gr vielfach schimmeligem oder klitschigem Brot ohne Belag, dünnen Wassersuppen und Kaffeersatz. Die meisten Gefangenen litten unter Hungerödemen. [...] Eine gesundheitliche Betreuung war kaum vorhanden. In der Nacht wurde man

häufig zu stundenlangen Vernehmungen in eiskalte Räume gebracht und war körperlichen Mißhandlungen ausgesetzt.⁴⁰

Bei den Verhören der sowjetischen Geheimdienstoffiziere gehörten Fausthiebe und Stiefeltritte in alle Körperteile – auch bei Frauen – zur Tagesordnung. Wie die Zeitzeugen berichten, verwendeten ihre Peiniger unter anderem Holz- und Gummiknüppel, Eisenstangen, Kabelenden, Riemen sowie Gewehrkolben und Pistolengriffe als Schlaginstrumente. Weiterhin kamen brennende Zigaretten und Feuerhaken zum Einsatz. In einigen Berliner NKWD/MGB-Untersuchungsgefängnissen wurde außerdem in engen Kammern die Steh- und Wasserfolter praktiziert.

Eine wahrscheinlich nicht mehr bestimmbar Anzahl eingesperrter Personen ist in der Haft verstorben. Außerdem kam es bei Fluchtversuchen zu Erschießungen. Im Gefängnis Nr. 6 fanden Hinrichtungen statt.⁴¹

Die Überlebenden der „GPU-Keller“ kamen in die Speziallager Nr. 3 in Berlin-Hohenschönhausen, Nr. 6 in Frankfurt an der Oder, Nr. 7/1 in Werneuchen/Weesow/Sachsenhausen oder wurden nach Verurteilung durch ein SMT deportiert. Außerdem existierten kurzzeitig Sammel- bzw. Durchgangslager in den Ortsteilen Biesdorf, Karlshorst, Rummelsburg (Mai 1945) und Friedrichsfelde (Juli/August 1945).

Die Neuordnung der ostdeutschen Geheimdienstlandschaft 1946/47 und die nunmehrige Dominanz des MGB hatte nach bisherigen Erkenntnissen nur geringfügige Auswirkungen auf die sowjetischen U-Haftanstalten in Berlin. Die Schließung einiger Gefängnisse, zum Beispiel in der Kaiser-Wilhelm-Straße 99 (heute: Seelenbinderstraße) in Köpenick, steht in Zusammenhang mit der Beendigung der Massenverhaftungen, wie sie 1945 stattfanden, und mit einer vermuteten weiteren personellen Verkleinerung des MGB-Opersektors ab 1947. Andere Hafteinrichtungen zogen in andere Gebäude um. So wurde der Stützpunkt und das Gefängnis der Operabteilung Weißensee in den Wohnhäusern in der Lemgoer Straße 2–6 im September 1947 geräumt und in ein Fabrikverwaltungsgebäude in der Metzstraße 77–81 (heute Gounodstraße 49–57) verlegt.⁴² Ein neuer Geheimdienststützpunkt mit Kellergefängnis entstand, soweit bislang bekannt ist, nur in der Wilhelm-Bölsche-Straße 110 in Friedrichshagen.

Bereits im Herbst 1946 ordnete der MGB-Bevollmächtigte Kowaltschuk den Umzug des zentralen MGB-Untersuchungsgefängnisses von Potsdam nach Berlin an. Im Sperrgebiet in Hohenschönhausen mußten daraufhin Speziallagerhäftlinge aus dem Haftarbeitslager (HAL) in der Freienwalder Straße das Gebäude einer ehemaligen

40 Archiv für christlich-demokratische Politik, I-109, 001/1: Tagebuch von Werner Pünder. Für die Zusendung dieser Quelle bedanke ich mich herzlich bei Dr. Brigitte Kaff.

41 Hinrichtungen von verurteilten Personen, die von „Smersch“-Einheiten festgenommen worden waren, fanden in der Nähe von Dallgow-Döberitz statt, vgl. Hilger, Andreas/Schmeitzner, Mike/Schmidt, Ute: Widerstand und Willkür. Studien zur sowjetischen Strafverfolgung parteiloser Zivilisten in der SBZ/DDR 1945–1955. In: Dies.: Sowjetische Militärtribunale, S. 205.

42 Die Buntstoff GmbH und ihr Schicksal. Erkundet und aufgeschrieben von Emmy Härtel. Berlin 1996 (Weissenseer Mosaik Nr. 10. Hrsg. vom Verein Weißenseer Heimatfreunde e. V. 13086 Berlin, Pistoriusstraße 8 in Zusammenarbeit mit dem Stadtgeschichtlichen Museum Weißensee); 75 Jahre „Buntstoff“ in Weißensee. In: Wochenblatt Pankow-Weißensee v. 30.5.1996; Bordihn, Peter: Bittere Jahre am Polarkreis. Als Sozialdemokrat in Stalin Lagern. Berlin 1990, S. 27 ff.

Großküche zur Haftanstalt umbauen. Der als „U-Boot“ bezeichnete Zellentrakt wurde schließlich Anfang Sommer 1947 in Betrieb genommen.⁴³

Im Frühjahr des gleichen Jahres kam es auch zur Herauslösung des Gefängnisses Nr. 6 in der Lichtenberger Magdalenenstraße aus dem Verantwortungsbereich der noch Serow unterstehenden Abteilung Speziallager und zu seiner Übergabe an den Berliner Opersektor.⁴⁴ In der Folgezeit diente es als Haftanstalt von überregionaler Bedeutung. Dort waren Personen aus der ganzen SBZ eingesperrt, deren Untersuchungsverfahren abgeschlossen waren und die auf ihre Aburteilung durch ein SMT oder eine Sonderberatung warten mußten.

Einen Sonderfall stellt das Amtsgericht und das dazugehörige Gefängnis in der Pan-kower Kissingstraße dar. Anfang Januar 1947 ließ Generalmajor Sidnew den größten Teil des Gebäudekomplexes von den dort tätigen deutschen Justiz- und Polizeibeamten räumen. Gleichzeitig ordnete der Chef des Berliner Opersektors den Ausbau des Gefängnisses an, der von einem kleinen Arbeitskommando des HAL in Hohenschönhausen ausgeführt wurde.⁴⁵ Die entsprechenden Räumlichkeiten waren für die Unterbringung von Angehörigen der Lagerführung des KZ Sachsenhausen vorgesehen. Bei ihnen handelte es sich um die Angeklagten im ersten öffentlichen Prozeß vor einem sowjetischen Militärtribunal („Sachsenhausenprozeß“), der im Oktober 1947 im Pan-kower Rathaus stattfand.⁴⁶ Zeitweilig waren das beschuldigte SS-Personal und ehemalige Funktionshäftlinge wahrscheinlich auch im MGB-Untersuchungsgefängnis in der Neuen Schönholzer Straße 34 untergebracht.

Nach wie vor nahm das MGB willkürlich Arresteinrichtungen der deutschen Polizei in Anspruch. Davon zeugt zum Beispiel der Monatsbericht der Inspektion Prenzlauer Berg an den Polizeisektor-Assistenten im sowjetischen Sektor vom 3. Juni 1948. Darin heißt es: „Dem Polizei-Revier 61 [Diesterwegstraße 1/Ecke Danziger Straße] werden laufend zwangsgestellte Personen von der russischen Bezirks-Kommandantur [in der Prenzlauer Allee 63] zugewiesen, mit der Anordnung, dieselben bis zum Abruf festzuhalten. Es kommt sehr häufig vor, daß derartige Personen mehrere Wochen auf dem Polizeirevier verbleiben müssen. Es sind mitunter 2 bis 3 Personen zu gleicher Zeit. Abgesehen von der Schwierigkeit der Verpflegung, treten des öfteren Zustände ein, die einfach untragbar sind. Das Pol-Rev. 61 verfügt nur über 2 Zellen. Es ist unmöglich, die eigenen Zwangsgestellten auch nur einigermaßen ordnungsgemäß unterzubringen. Das Auseinanderhalten von weiblichen und männlichen Zwangsgestellten stößt des öfteren auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten.“⁴⁷ Nach den Massenver-

43 Vgl. dazu ausführlich Eler, Peter: Sowjetische Geheimdienststrukturen im Industriegebiet Berlin-Hohenschönhausen (Mai 1945 bis Frühjahr 1951). Zur Vorgeschichte, Entwicklung und Topographie des Sperrgebietes Freienwalder Straße/Genslerstraße, Berlin 2004 (Beiträge, Quellen und Materialien zur Diktaturgeschichte, Bd. 1/2004. Hrsg. von der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen).

44 Jeske/Morre: Inhaftierung, S. 619/620.

45 Erlebnisbericht von Leo Wittchen vom 17. Februar 1947, Archiv der sozialen Demokratie, Ostbüro, 0419.

46 Vgl. z. B. Wieland, Günther: Der sowjetische Sachsenhausenprozeß. In: Agde, Günter: Sachsenhausen bei Berlin. Speziallager Nr. 7 1945–1950. Kassiber, Dokumente und Studien, Berlin 1994, S. 234–251.

47 Landesarchiv Berlin, C Rep. 303/9, Nr. 24, Bl. 15 RS. Vgl. auch Fuhrmann, Reinhard: Geschichte der Verhör- und Haftstätte Prenzlauer Allee. Synopse der bisher erhobenen Zeitzeugenaussagen und Berichte. Erarbeitet im Auftrag des Prenzlauer Berg Museums. Redaktion: Bernd Roder (unveröffentlichtes Manuskript). Januar 2004, S. 19 f. Die Unterbringung sowjetischer Häftlinge in deut-

haftungen auf Grundlage des Befehls Nr. 00315 in den ersten Nachkriegsmonaten fand in den sowjetischen Gefängnissen ab 1946 ein Wechsel des Häftlingskontingents statt. Bereits Anfang des Jahres wurde auf Anordnung von Generaloberst Serow die Inhaftierung von ehemaligen Block- und Zellenleitern der NSDAP eingestellt.⁴⁸ Mit ehemaligen NS-Frauenschaftsführerinnen, Leitern der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt sowie BDM- und HJ-Funktionären der gleichen Ebene stellten sie bis dahin etwa zwei Drittel der Insassen im Speziallager in Berlin-Hohenschönhausen.⁴⁹ Im Vergleich mit der bisherigen NS-Belastung traten bei den Verhaftungen nun verstärkt aktuelle politische Motive in den Vordergrund: Es wurden vorwiegend Personen festgenommen, die beschuldigt wurden, „konterrevolutionäre Verbrechen“, wie zum Beispiel Spionage, illegale Gruppenbildung und antisowjetische Propaganda, begangen zu haben. In die Fänge des NKWD/MGB gerieten Frauen, Männer und Jugendliche, die Widerstand gegen die „Sowjetisierung“ des politischen und gesellschaftlichen Lebens leisteten, eine oppositionelle Haltung gegenüber der „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ und ihrer ausländischen Schutzmacht einnahmen oder einfach einer solchen verdächtigt wurden. In Berlin waren das insbesondere viele aktive Gegner der Zwangsvereinigung von KPD und SPD im Frühjahr 1946. Zu den Verhafteten gehörten ab etwa 1947 aber auch Liberaldemokraten, Parteigänger der CDU, Sozialdemokraten, Mitglieder antikommunistischer Gruppierungen und Organisationen aus West-Berlin, Angehörige studentischer Widerstandsgruppen genauso wie als unzuverlässig angesehene Mitglieder der SED und linker Splittergruppen.

Unmittelbar nach der DDR-Gründung am 7. Oktober 1949 wurden im ostdeutschen Teilstaat der sowjetische Besatzungsapparat und die MGB-Strukturen radikal abgebaut. In Berlin waren davon alle Kommandanturen und bis auf eine Ausnahme alle Untersuchungsgefängnisse auf der Ebene der Stadtbezirke betroffen. Daß die Räumung der Objekte nicht von langer Hand geplant war, läßt sich beispielsweise daran ablesen, daß noch bis Ende November 1949 deutsche Handwerker im Haus 3 der Prenzlauer Alle 63 umfangreiche Renovierungsarbeiten im Auftrag der dortigen Operabteilung durchgeführt hatten.

Wie schon in den Jahren zuvor hinterließen die abziehenden Geheimdiensteinheiten die von ihnen genutzten Gebäude oft in einem unwürdigen Zustand. Alles was brauchbar erschien, unter anderem Toilettenbecken, Türschlösser und -klinken, Wasserhähne, Elektroanlagen, Treppengeländer, Fensterscheiben und Fensterflügel, wurde demonitiert und abtransportiert. Häufig kam es zu mutwilligen Zerstörungen und Vandalismus. Die ehemaligen Wohngrundstücke und Mietshäuser konnten in der Regel wieder von den Alteigentümern übernommen und genutzt werden, wobei sie die Umbauten und entstandenen Schäden zum größten Teil auf eigene Kosten beseitigen mußten. Andere Immobilien und Gebäude wurden in Volkseigentum überführt oder unter Kontrolle der staatlichen Grundstücksverwaltung „Heimstätte Berlin“ gestellt. Zwei ehemalige MGB-Verhörzentralen beanspruchte das im Februar 1950 gebildete Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Es nutzte die Objekte in der Albrechtstraße 26 in Mitte und in der Prenzlauer Allee 63 für kurze Zeit weiter als Untersuchungsgefängnisse.

schen Polizei-Gefängnissen ist auch für andere Opersektoren der SBZ belegt; vgl. Herz, Andreas/Fiege, Wolfgang: Haft und politische Polizei in Thüringen 1945–1952. Zur Vorgeschichte der MfS-Haftanstalt Erfurt-Andreasstraße. Hrsg. vom Landesbeauftragten des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Erfurt 2002, S. 57 f.

48 Vgl. Weisung Nr. 0017 vom 26. Januar 1946. In: Mironenko/Niethammer/Plato (Hrsg.): Speziallager, Bd. 2, S. 223.

49 Vgl. Transportlisten des Speziallagers Nr. 3, GARF 9409/328 bis 343.

Im Juli 1950 erfolgte die Auflösung des Berliner Operativen Sektors. Seine Leitzentrale in der Schloßstraße/Ecke Wilhelmstraße wurde jedoch erst im Januar 1951 aufgegeben und die Gebäude sofort vom MfS übernommen. Im Frühjahr des gleichen Jahres übergab der MGB auch seine zentrale Untersuchungsanstalt in der Genslerstraße in Hohenschönhausen an die ostdeutsche Geheimpolizei. Ab diesem Zeitpunkt waren in Berlin deutsche Untersuchungshäftlinge des sowjetischen Sicherheitsdienstes nur noch im neu eingerichteten Gefängnis im Sperrgebiet Karlshorst (ehemaliges St.-Antonius-Krankenhaus)⁵⁰ und im Aburteilungsgewahrsam in der Lichtenberger Magdalenenstraße eingekerkert. In dem letzteren stellten das MGB und die sowjetische Militärjustiz ihre Tätigkeit nach bisherigen Erkenntnissen in den Jahren 1953/54 ein. Auch dort etablierte das MfS ein Untersuchungsgefängnis von überregionaler Bedeutung. Der Zeitabschnitt, in dem das St.-Antonius-Krankenhaus als Haftort für deutsche Zivilisten diente, endete wahrscheinlich 1955. Im Oktober dieses Jahres verurteilte ein sowjetisches Militärtribunal zum letzten Mal einen DDR-Bürger zu einer mehrjährigen Haftstrafe.

Anhang

Standorte bisher ermittelter sowjetischer Arrestzellen und Untersuchungsgefängnisse⁵¹

Charlottenburg

Kaiserdamm 1, Stützpunkt des NKWD, Mai 1945 bis Anfang Juli 1945

Friedrichshain

Bahnhof Ostkreuz oder Gebäude in der Nähe des Bahnhofs, Arrestlokal, (April 1947)

Gärtnerstraße, Stützpunkt des NKWD, (Juli/August 1945)

Holteistraße 28–30, Stützpunkt des NKWD/MGB, (November 1945) bis 1950 ?

Köpenick

Charlottenstraße 18, Stützpunkt des NKWD/MGB, Juli 1945 bis März/April 1947

Elisabethstraße 23 (Pohlestraße), Stützpunkt des NKWD, (Juli 1945)

Grünau, Stützpunkt des NKWD, (Juli 1945) bis (August 1945)

Kaiser-Wilhelm-Straße 99 (Seelenbinderstraße), Stützpunkt des NKWD/MGB, (August 1945 bis Anfang 1947)

Karolinenhof, Kommandantur, 1945

Kietz 9, Stützpunkt des NKWD, 1945

Lindenstraße 49, Stützpunkt einer „Smersch“-Einheit, Mai 1945 bis Januar 1947

Luisenstraße (Plönzeile), Stützpunkt des NKWD, (August/September 1945)

Müggelheim, Kommandantur, (Juli 1945)

50 Vgl. z. B. Rumin, Ursula: Im Frauen-GULag am Eismeer. München 2005, S. 20–85. Vermutlich existierte kurzzeitig auch ein provisorisches Kellergefängnis am Ende der Treskowallee in Oberschöneweide (ehemaliges Königin-Elisabethen-Hospital).

51 Bei den Zeitangaben im Klammern handelt es sich um die bisher nachweisbare Zeitdauer, was nicht ausschließt, daß die Standorte schon früher bzw. länger existierten. Bei den Zeitangaben mit Fragezeichen ist das Ende der Existenz unsicher, bei Fragezeichen nach Funktionsangabe ist die Funktion nicht eindeutig geklärt.

Rahnsdorf, Stützpunkt des NKWD, (Juli 1945) bis (Herbst 1945)

Schloß auf der Schloßinsel, Stützpunkt des NKWD/MGB, (16. Mai 45) bis (April 1948)

Schönerlinder Straße 3, Stützpunkt des NKWD ?, (Mai 1945)

Wendenschloßstrasse 130, Kommandantur, (Mai 1945) bis August 1949

Wilhelm-Bölsche-Straße 110 (Bölschestraße), Stützpunkt des MGB, März 1947 bis Oktober 1949

Wilhelminenhofstraße, Kommandantur von Oberschöneweide, (Juni 1945) bis (August 1945)

Zeppelinstraße 7, Stützpunkt des NKWD, (Juli 1945)

Wilhelmstraße (Peter-Hille-Straße), Stützpunkt des MGB, (November 1947)

Kreuzberg

Forster Straße 5, „Abschnittskommandantur der NKWD“, (Mai 1945)

Oranienburger Straße 26 (Blindenanstalt), Stützpunkt des NKWD ?, (Mai bis Juli 1945)

Lichtenberg

Alfredstraße 11/Magdalenenstraße, Gefängnis Nr. 6, August 1945 bis 1953/54

Alt-Friedrichsfelde 32,

Friedrichsfelde, Arrestkammer der Ortsteilkommandantur Friedrichsfelde, (September 1945)

Köpenicker Alle 37–39, Zentrales MGB-Untersuchungsgefängnis März 1951 bis (Dezember 1952)

Schloßstrasse 4/Ecke Wilhelmstraße 30 (Am Tierpark 29/Ecke Alfred-Kowalke-Straße 30), Stützpunkt des NKWD/MGB, September 1945 bis Januar 1951

Schottstraße 6, Bezirkskommandantur, April 1945 bis Juni 1950

Walderseestraße, (Archenholdstrasse), Stützpunkt des NKWD, (Juli 1945)

Mitte

Am Kupfergraben 7, Untersuchungsgefängnis des NKWD/MGB, (Juli 1945) – Anfang 1947 ?

Albrechtstraße 26, Untersuchungsgefängnis des NKWD/MGB, (März 1947 bis Dezember 1949)

Elsässer Straße (Thorstraße), Stützpunkt des NKWD/MGB, (August 1945) bis November 1946

Kleine Alexanderstraße 21–24, Stützpunkt des NKWD/MGB, (Juli 1945) bis September 1949

Linienstraße 83–85, Polizeipräsidium von Berlin (Mai 1945 bis Anfang Juli 1948)

Luisenstraße 56 und 33/34, Gebäude der Zentralkommandantur der SMA, Mai 1945 bis 1949

Marienstraße 23/24 (heute vermutl. Marienstraße 19/20) und 30, Stützpunkt des NKWD/MGB, Juni 1945 bis Oktober 1947

Neukölln

Bergstraße (Karl-Marx-Straße), Kommandantur oder Stützpunkt des NKWD, April bis Juni 1945

Pankow

Buchholz, Kommandantur, (September 1945)

Kissingenstraße 5–6, Gefängnis für die Unterbringung der Angeklagten im sogenannten Sachsenhausenprozeß im Oktober 1947, Januar bis November 1947

Neue Schönholzer Straße 34, Stützpunkt des NKWD/MGB, April 1945 bis April 1949

Prenzlauer Berg

Greifswalder Straße 136/137 ?, Kommandantur, Mai 1945 bis Juni 1947

Gleimstraße 21, ab August 1945 Kommandantur, von März bis Ende August 1946 durch „russische Polizei“ besetzt

Hiddenseer Straße, „Büro der GPU“, (Juli 1946)

Prenzlauer Alle 63, Haus 3, Untersuchungsgefängnis des NKWD/MGB, Mai 1945 bis 1950

Reinickendorf

Wittenau („Kemnitzallee“⁵²), Kommandantur, (Mai 1945)

Schöneberg

Hauptstraße 125 oder 127–128, Stützpunkt des NKWD, Mai 1945 bis 2. Juli 1945

Maybachstraße 11, Stützpunkt des NKWD, Mai bis Juni 1945

Steglitz

Friedenau, Stützpunkt des NKWD, (Juni 1945)

Lepsiusstraße, Stützpunkt des NKWD, Mai bis Anfang Juli 1945

Spindelmühler Weg, Kommandantur und Stützpunkt des NKWD, Mai bis Anfang Juli 1945

Treptow

Alt-Glienicke, Haftort des NKWD, (Juli 1945) bis (August 1945)

Fennstraße, Kommandantur ?, (März 1947)

Hasselwerderstraße/Ecke Grünauer Straße, Stützpunkt des NKWD/MGB, 1945 bis (August 1946)

Johannisthal, Stützpunkt des NKWD, (Juni/Juli 1945)

Treptower Chaussee 49 (Puschkinallee), Stützpunkt des NKWD/MGB, Mai 1945 bis März 1947

Wedding

Müllerstraße 126, Kommandantur, (Mai 1945) bis Juli 1945

Weißensee

Freienwalder Straße 17–19, NKWD/MGB-Stützpunkt („Heikekeller“), August 1945 bis 1950 ?

Genslerstraße 64 (Genslerstraße 66), Zentrales MGB-Untersuchungsgefängnis („U-Boot“), Frühjahr/Sommer 1947 bis Frühjahr 1951

Lemgoer Straße 2–6, Stützpunkt des NKWD/MGB, (Juni 1945) bis 1947

Metzstraße 77–81 (ab 1951 Gounodstraße 49–57), MGB-Stützpunkt, Januar 1948 bis 1951

Zehlendorf

Am Sandwerder, Kommandantur und NKWD-Dienststelle, Mai/Juni 1945

52 Nach Angabe eines Zeitzeugen. Allerdings ist die Kemnitzallee nicht auffindbar. Möglich ist auch „Chemnitzallee“.